

Nr. 9/10

AUSGABE: SEPTEMBER/OKTOBER 2005

5. JAHRGANG

ver.di

info

Bezirk Linker Niederrhein

Offener Brief an Oberbürgermeister Norbert Bude

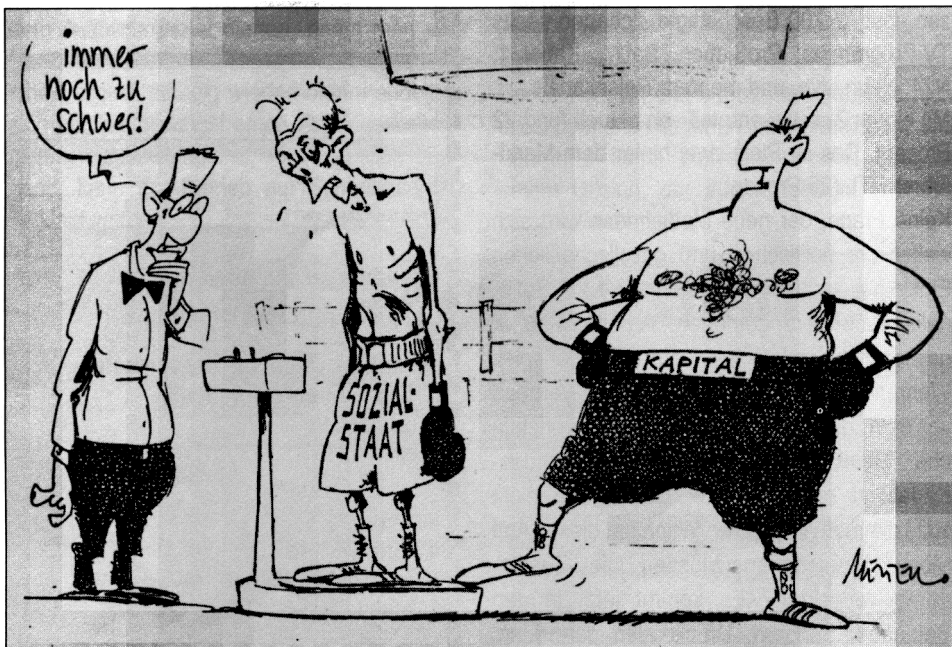
Es geht um 30.000 Langzeitarbeitslose

Das Arbeitslosenzentrum Mönchengladbach e.V. war für Tausende Langzeitarbeitslose eine der wenigen Anlaufstellen, die den Betroffenen Rat und Hilfe bot. Doch jetzt hat die Stadt ihren Zuschuss von jährlich 38.920 Euro gestrichen. Das Arbeitslosenzentrum steht vor dem Aus! Umgerechnet gab die Stadt für die Betreuung eines jeden Langzeitarbeitslosen ein Euro 30 Cent pro Jahr aus. Das war zuviel!! Man entzog sich der sozialen und psychologischen Verantwortung. Der Bezirksvorstand von ver.di Linker Niederrhein hat einen offenen Brief an den Oberbürgermeister Bude und an die Fraktionsvorsitzenden im Rat der Stadt

geschrieben, in dem es heißt: "Um diese Angebote an arbeitslose Bürgerinnen und Bürger weiterhin sichern zu können, muss die Stadt sich wie bisher nur mit 38.920 Euro an den Kosten des Zentrums beteiligen.

Das ist eine kleine Summe im Vergleich zu dem, was die Stadt für viele andere Dinge ausgibt, deren unmittelbarer Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger weniger deutlich erkennbar ist....Angesichts dieses relativ geringen finanziellen Aufwands für ein Arbeitslosenzentrum, das für so viele arbeitslose Menschen von extrem hoher Bedeutung ist, läuft auch der übliche Verweis auf Einsparzwänge ins Leere...

Mechthild Schratz (Geschäftsführerin)
Willi Sendke (Bezirksvorsitzender)



Auf das Soziale kommt es an



Linkspartei, Rot-Grün, Rot-Schwarz, Schwarz-Gelb - seit Neuwahlen angekündigt sind, steht fest: Nicht nur die Parteienlandschaft ändert sich, auch die Gewichte in Parlament und Regierung werden sich verschieben.

Wie sollen, wie können sich Gewerkschaften in dieser Situation verhalten?

Ist die Antwort auf die Schlagseiten der Agenda 2010 eine Agenda 2010 im Quadrat? Lässt sich der Binnenmarktschwäche beikommen, in dem man das Einkaufen teurer und die Arbeit billiger macht - wie das die CDU jetzt vorschlägt? Oder treibt man das Land nur noch tiefer in Konsumschwäche und Krise?

Gewerkschaften sind da gefordert, Alternativen aufzuzeigen, Antworten zu geben. Nicht um Wahlempfehlung geht es, sondern um Inhalte.

Auf das Soziale kommt es an.

Auf Impulse für Wachstum und Beschäftigung. Darauf, dass Arbeit nicht arm machen darf, dass die starken Schultern mehr tragen als die schwachen. Dafür wird sich ver.di einsetzen. Wenn wir am 18. September unsere Stimme geben, das entscheidet jede und jeder für sich!

Frank Bsirske, ver.di-Vorsitzender